

Bund muss Familien mehr stützen

Familienzulagen von 200 Franken für jedes Kind sowie Ergänzungsleistungen für bedürftige Familien fordert die Fachkommission für Familienfragen.

Von **Beat Bühlmann, Bern**

Der Familienlastenausgleich in der Schweiz weist «gravierende Lücken» auf, wie Tobias Bauer vom Büro arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) auf Grund seiner Studie festhält. Für knapp 170 000 Kinder wird gar keine, für 125 000 nur eine reduzierte Zulage ausbezahlt. Denn Selbstständigerwerbende und Teilzeitbeschäftigte erhalten keine Zulagen. Zudem variieren die Ansätze in den einzelnen Kantonen zwischen 140 und 378 Franken (Kanton Zürich: 150 Franken).

Das heutige System sei eine Giesskanne, die die mittleren Einkommen begünstige, sagte Bauer. Das hat Folgen: Sechs Prozent aller Familien befinden sich unter der Armutsgrenze, rund 120 000 Kinder leben in der Schweiz in armen Haushalten. «Das Recht dieser Kinder, in Würde aufwachsen zu können, wird damit in Frage gestellt», erklärte Jürg Krummenacher, Präsident der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) bei der Präsentation der Studie.

Drei Szenarien

Dass Familien mit einem besonderen Armutsrisiko leben, ist inzwischen unbestritten. Doch läuft eine «ziemlich verworrene Diskussion», so Krummenacher, über die zu treffenden Massnahmen, weil der Rahmen für eine ganzheitliche Beurteilung weit gehend fehle. Die vom EKFF in Auftrag gegebene Studie «Modelle des Ausgleichs von Familienlasten»* soll diesen Mangel beheben. Sie untersucht erstmals die Wirkungen der drei Grundsznarien im heutigen System.

■ Das Szenario «Steuerabzug pur» ersetzt die Kinderabzüge durch Steuerabzüge (pro Kind 16 500 Franken) und begünstigt die hohen Einkommen. Die Familienarmut steigt auf 7,9 Prozent.

■ Das Szenario «Kinderzulage pur», das der Kinderrente nahekommt, wie sie die Linke fordert, ersetzt die Steuerabzüge durch Kinderzulagen (320 Franken pro Kind in Paarhaushalten, 480 Franken bei allein Erziehenden) und stützt vor allem einkommensschwache Familien. Die Armutsquote sinkt auf 4,5 Prozent.

■ Das Szenario «Transfermix», das zurzeit politisch im Vordergrund steht, erhöht die Steuerabzüge auf 7200 Franken und gewährt einheitliche Kinderzulagen von 173 Franken pro Kind. Die Armut unter Familien wird geringfügig gesenkt.

«Tessiner Modell» mildert Armut

Das wirksamste Instrument gegen die Familienarmut wäre allerdings das so genannte «Tessiner Modell». Im Kanton Tessin erhalten bedürftige Familien neben der üblichen Zulagen (von 183 Franken) für Kinder unter 15 Jahren eine Ergänzungsleistung, ähnlich wie bei AHV oder IV üblich. Mit diesem Modell liesse sich die Armut bei Familien auf 3,3 Prozent vermindern, und erst noch mit verhältnismässig geringen Kosten. In Kombination mit dem heutigen System käme dieses Modell gesamtschweizerisch auf 370 Millionen Franken zu stehen; den Bruttokosten von 620 Millionen stünden gemäss Studie Einsparungen bei der Sozialhilfe von 250 Millionen gegenüber. Noch günstiger wäre die Kombination mit dem Szenario «Kinderzulage pur». Mit Nettokosten von 330 Millionen Franken könnte die Armut auf 2,6 Prozent verringert werden.

Gegen einen Systemwechsel

Die Koordinationskommission für Familienfragen spricht sich jedoch gegen einen Systemwechsel aus, wie das bei der Variante «Kinderzulage pur» der Fall wäre. Sie will, nicht zuletzt aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit, wie Präsident Jürg Krummenacher sagt (siehe Interview), am dualen System von Steuerabzügen und Kinderzulagen festhalten. Allerdings stimmt sie mit dem Büro BASS überein, dass bei zukünftigen Reformschritten das Gewicht von den Steuerabzügen auf die Kinderzulagen zu verschieben sei. Sie widerspricht damit dem Bundesrat, der den Familien vor allem mit Steuererleichterungen helfen will.

Die EKFF will das bisherige System jedoch reformieren. Zum einen soll das «Tessiner Modell» auf Bundesebene eingeführt werden, weil es «einen wesentlichen Beitrag zur Armutsreduktion leisten kann», wie Präsident Jürg Krummenacher erklärte. Zudem sei der Rechtsanspruch auf Ergänzungsleistungen nicht so stigmatisierend wie der Gang zur Sozialhilfe. Der Nationalrat hat vor kurzem einen Vorstoss für gesamtschweizerische Ergänzungsleistungen knapp abgelehnt, doch sind inzwischen zwei parlamentarische Initiativen von Jaqueline Fehr (SP, ZH) und Lucrezia Meier-Schatz (CVP, SG) zu diesem Thema hängig.

Für eine einheitliche Lösung

Zum anderen verlangt die Fachkommission für Familienfragen eine bundesrechtliche Lösung bei den Kinderzulagen. Danach soll für jedes Kind eine Zulage von mindestens 200 Franken entrichtet werden, wie das die nationalrätliche Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit 1995 vorschlug. Denn die kantonale Regelung, wie sie heute besteht, sei nicht mehr haltbar, sagte Krumme-

nacher. So müsse ein Unternehmen, das in der ganzen Schweiz tätig ist, nach 26 verschiedenen Systemen abrechnen. Zudem trage es der grösseren Mobilität der Bevölkerung und dem Wandel der Lebensformen nicht Rechnung. Das zeige sich zum Beispiel, wenn eine allein erziehende Mutter in zwei Kantonen Teilzeitpensen erfülle.

* Modelle des Ausgleichs von Familienlasten; Studie von Tobias Bauer und Elisa Streuli. Zu beziehen bei EDMZ: Telefon 031-325 50 50, Fax 031-325 50 58, www.admin.ch/edms. 130 Seiten, 17 Franken.

Die EKFF

Die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), 1995 von Bundesrätin Ruth Dreifuss eingesetzt, ist ein beratendes Organ des Departementes des Innern. Die ausserparlamentarische Kommission zählt 16 Mitglieder und tagt vier- bis fünfmal jährlich. Sie wird seit zwei Jahren von Jürg Krummenacher, Direktor der Caritas Schweiz, präsidiert. Zu den Mitgliedern zählen unter anderen: Silvia Grossenbacher, Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Jost Herzog, Abteilungschef der Zentralstelle für Familienfragen beim Bundesamt für Sozialversicherung, François Höpflinger, Soziologisches Institut der Universität Zürich, Anna Liechi, Zentralsekretariat der Pro Juventute, Kurt Lüscher, Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Konstanz, und Lucrezia Meier-Schatz, Generalsekretärin der Pro Familia. (bm.)